

**Jahresbericht Sudan 2012**

Im Mai wurde von der Inhaftierung des prominenten Journalisten und NGO-Mitglieds Faisal Mohammed Saleh berichtet. Unabhängige Journalisten im Sudan werden häufig durch Mitglieder des Nationalen Geheimdienstes (National Security Service, NSS) misshandelt. Die Haftzentren des NSS sind für Folter und Misshandlungen berüchtigt. Faisal Mohammed Saleh hatte bereits im vergangenen Jahr über die Vorwürfe eines Aktivisten, durch Mitglieder des NSS vergewaltigt worden zu sein, berichtet und befindet sich nun selbst in der Hand des NSS. Bereits in den vergangenen Monaten war Faisal Mohammed Saleh regelmäßig vorgeladen worden. Als er sich weigerte, einer erneuten Vorladung nachzukommen, wurde er verhaftet und inhaftiert. Er musste tagelang auf sein Verhör warten, welches letztendlich nie stattfand, und wurde währenddessen weder mit Essen noch mit Trinken versorgt.

Im Juni kam es zu verstärkten Protesten der Zivilgesellschaft gegen die Politik der Regierung und die hohen Lebenshaltungskosten in Khartoum. In den folgenden Wochen fanden auch in weiteren Teilen des Landes Demonstrationen statt. Zahlreiche Demonstranten, darunter viele Studenten, wurden dabei weg festgenommen. Amnesty International geht von 2000 Verhaftungen aus, bei denen die Sicherheitskräfte des NSS mit massiver Gewalt gegen Demonstranten vorgehen. Viele der verhafteten Demonstranten befinden sich nach wie vor in der Hand des NSS und Amnesty International geht davon aus, dass sie sich in großer Gefahr befinden, Opfer von Folter und Misshandlungen zu werden. Viele ehemalige Gefangene berichteten Amnesty International gegenüber von Schlägen, Beleidigungen, Nahrungs- und Trinkwasserentzug sowie von Schlafentzug und weiteren Misshandlungen. Viele Folteropfer verzichteten auf eine ärztliche Untersuchung aus Angst vor erneuten Demütigungen oder Festnahmen. Tatsächlich wurden Mediziner von Mitgliedern des NSS unter Druck gesetzt, den verletzten Demonstranten nicht zu helfen. Die Situation spitzte sich Ende Juli weiter zu, als mindestens zehn Studenten von Polizeikräften erschossen und weitere Dutzende verletzt wurden.

Im Juli wurde außerdem die 23-jährige Layla Ibrahim Issa Jumul nach einem unfairen Prozess zum Tode durch Steinigung verurteilt. Sie war des Ehebruchs beschuldigt worden; während des gesamten Prozesses hatte sie keinen anwaltlichen Beistand erhalten. Sie ist Mutter eines 6 Monate alten Babys und befindet sich derzeit in Haft in der Nähe von Khartoum. Bereits im Mai wurde die 20-jährige Intisar Sharif Abdallah ebenfalls aufgrund von angeblichem Ehebruch zum Tode durch Steinigung verurteilt. Es gelang ihr jedoch Berufung einzulegen und die Strafe wurde im Juli ausgesetzt. Amnesty International fordert die sofortige und unbedingte Freilassung von Layla Ibrahim Issa Jumul. Steinigung ist eine besonders brutale Methode, die darauf abzielt, dem Opfer möglichst große Schmerzen zuzufügen, bevor es letztendlich stirbt. Sie verstößt gegen das absolute Folterverbot, welches unter anderem in der Antifolterkonvention und dem Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte niedergelegt ist. Der Sudan hat beide Verträge unterzeichnet und ratifiziert.

Das ganze Jahr über litten Zivilisten in dem sudanesischen Bundesstaat Südkordofan unter dem gewaltsamen Konflikt zwischen der sudanesischen Armee und der sudanesischen

Volksbefreiungsarmee. Es kam zu Luftangriffen und Tausende Bewohner sind inzwischen geflohen. Viele Angehörige der Volksgruppe der Nuba werden von Soldaten unter dem Vorwand festgenommen, sie würden die Befreiungsarmee unterstützen. Im November kam es zu mehreren Hundert Festnahmen, unter den Festgenommenen befanden sich auch 30 Frauen. Sie befinden sich in Isolationshaft ohne Kontakt zu ihren Familien oder Anwälten und somit in der Gefahr, gefoltert oder misshandelt zu werden. Die Aussagen des Gouverneurs von Südkordofan Ahmed Mohammed Haroun bestätigen diese Gefahr. Er ließ verlauten, die Rebellen hätten "die Tür zur Hölle geöffnet" und kündigte an, dass "die Armee sich nicht mehr nur verteidigen, sondern in Zukunft töten würde, um den Staat zu bereinigen und alle zu befreien, die von den Rebellen festgehalten würden".

Im Dezember wurde bekannt, dass sich Jalila Khamis Koko, Lehrerin und Mitglied der Oppositionspartei, bereits seit neun Monaten in Haft befindet, davon die ersten drei Monate in Einzelhaft. Sie ist mittlerweile sehr geschwächt und Amnesty International sorgt sich um ihren Gesundheitszustand. Vor ihrer Verhaftung hatte sich Jalila Khamis Koko für die aus Südkordofan stammenden Binnenflüchtlinge eingesetzt, öffentlich auf deren Lebensumstände hingewiesen und eine Waffenruhe der Konfliktparteien gefordert. Ihr wird nun die Verwirklichung von fünf Straftatbeständen vorgeworfen, wobei auf zweien die Todesstrafe steht. Zu den Vorwürfen gehören die Unterwanderung der Verfassung, die Teilnahme an kriminellen Verschwörungen und die Verbreitung von falschen Nachrichten. Amnesty International befürchtet, dass sie im Rahmen ihrer Haft gefoltert oder misshandelt werden könnte und fordert ihre umgehende und unbedingte Freilassung.

Der Sudan lieferte überdies in 2012 weiterhin regelmäßig eritreische Asylbewerber zurück an die eritreischen Behörden aus. Dort droht ihnen dann ein Verfahren wegen Staatsverrat; sie befinden sich in Gefahr, in Einzelhaft festgehalten und gefoltert oder misshandelt zu werden. Die Haftbedingungen sind so schlecht in Eritrea, dass sie für sich genommen bereits eine grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung im Sinne der UN-Antifolterkonvention darstellen. Amnesty International fordert die sudanesischen Behörden auf, diese Rückführungen in Zukunft nicht mehr durchzuführen.